

Koalition der Freien Szene (KdfS)

<https://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de/>

Spartenübergreifend hat sich im März 2012 in Berlin die Koalition der Freien Szene aller Künste gebildet, um auf die eklatante Fehlentwicklung im Berliner Kulturhaushalt aufmerksam zu machen. Die derzeitige Kulturpolitik gefährdet die Substanz des viel beschworenen und international gefeierten kreativen Berlin. Im Zusammenspiel mit verschiedenen Netzwerken, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen bündelt und entwickelt die Koalition der Freien Szene Ideen für eine neue Kulturpolitik.

Die Künste in ihrer Vielfalt und in ihrem Zusammenspiel machen die Attraktivität Berlins aus und sind ein entscheidender Wirtschafts- und Tourismusfaktor. Kunst ist aber kein reines Imagetool. Die Koalition der Freien Szene wehrt sich gegen eine Politik, die die Künste in freien Strukturen zunehmend Verwertungszwängen aussetzt bzw. der Verdrängung preisgibt und damit die Autonomie der Kunst beschädigt und die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst marginalisiert.

Berlin steht an einem Scheideweg. Die Freien Kunstschaaffenden werden eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Stadt spielen. Deshalb brauchen wir eine Veränderung der Kulturpolitik.

Die Koalition der Freien Szene ist eine offene Plattform, die in regelmäßigen Treffen kulturpolitische Forderungen diskutiert und formuliert, Konzepte entwickelt und Kampagnen organisiert. Kunstschaaffende sowie kulturpolitisch Interessierte sind eingeladen, Infos über Termine und Aktivitäten gibt es über den [Newsletter](#) und die [Facebook-Gruppe](#).

Koordiniert wird die Arbeit der Koalition der Freien Szene von einem [Sprecher*innenkreis](#) der Koalition der Freien Szene.

Definition „Freie Szene“: *Die Gesamtheit aller in Berlin frei Kunst schaffenden KünstlerInnen, Ensembles, Einrichtungen und Strukturen in freier Trägerschaft aus den Bereichen Bildende Kunst, Tanz, Schauspiel, Performance, Neue Medien, Musik von Alter Musik über Jazz, Echtzeitmusik und Klangkunst bis neue Musik, Musiktheater, Kinder- und Jugendtheater, Literatur sowie alle spartenübergreifenden und transdisziplinären künstlerischen Arbeiten.*

Freie Szene stärken: 11 Punkte für eine neue Förderpolitik

Die Freie Szene fordert:

1) 100% der Einnahmen aus der City Tax für Kultur, mindestens 50% für die freie Szene

Die freie Berliner Kunstszenen ist einzigartig in Europa. Doch noch immer ist sie deutlich unterfinanziert, so dass ihre Künstler*innen nicht auskömmlich leben und professionell arbeiten können. Die City Tax bietet eine Chance, das zu ändern.

2) Kunst ist keine Dienstleistung! – Für die Zweckfreiheit von Kunst

Die Kunst muss sich weder durch politische noch ökonomische Verwertbarkeit rechtfertigen. Die hohe Bedeutung von Kunst für Bildung, Soziales und Tourismus darf nicht in Umkehrung dazu führen, Kunst als zweckgebundene Leistung zu sehen und Aufgaben des Bildungs-, Sozial- und Tourismussektors aus dem Kulturretat zu finanzieren. Kreativwirtschaft, Tourismusförderung, Bildungs- und Sozialaufgaben sind keine Aufgaben der Kulturpolitik.

3) Honoraruntergrenzen / Ausstellungshonorare in allen Sparten

Für alle Förderinstrumente der Kunst- und Kulturförderung in Berlin müssen verbindliche Rahmenbedingungen und Richtwerte für Honorare erarbeitet werden. Das ganze Spektrum der Tätigkeiten, die für die künstlerische Praxis erforderlich sind - inklusive Vorbereitung, Produktion, Präsentation - muss dabei erfasst werden. Dazu zählen auch kuratorische und organisatorische Tätigkeiten, Probenhonorare in allen Sparten sowie Ausstellungshonorare für Künstler*innen in allen aus Landesmitteln geförderten Institutionen und Projekten, unabhängig vom Wohnsitz der Projektbeteiligten. Die verbindlichen Rahmenbedingungen und Zielwerte für Honorare dürfen nicht zu Lasten der Anzahl der Projekte oder der Ausstattung laufender Projekte umgesetzt werden.

4) Bezahlbare Orte und Räume für die Kunst

Bezahlbare Orte und Räume für die Produktion und Präsentation von Kunst müssen erhalten bleiben und neu erschlossen werden. Insbesondere der Verdrängung von Kunst-Orten aus dem Innenstadtbereich muss entgegengewirkt werden. Wir fordern Transparenz und ein Mitspracherecht beim Umgang mit Liegenschaften des Bundes, des Landes sowie von Gesellschaften des Bundes und Landes. Die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau der kulturellen und künstlerischen Infrastruktur müssen zu wichtigen Zielen der Stadtentwicklungs- und Baupolitik in Berlin werden. Sie sind in allen Planungen und baulichen Fördermaßnahmen zu berücksichtigen. Zugleich werden Sonderwohnformen für Künstler*innen, die Raum für künstlerisches Arbeiten mit Wohnraum verbinden, regelmäßig anteilig Bestandteil der Berliner Wohnungsbauförderung. Wir fordern bedarfsgerechte spartenspezifische konsumptive Raumprogramme zum Ausbau und zur dringend notwendigen Neuerschließung von räumlicher Infrastruktur. Diese sollen neu oder weiterentwickelt werden und müssen sich an den unterschiedlichen räumlichen, technischen und organisatorischen Bedarfen der einzelnen Kunstsparten orientieren.

Wir fordern den Auf- und Ausbau von Selbstverwaltungsstrukturen bei der Entwicklung von Kunst-Standorten.

5) Faire und transparente Juryprozesse

In Zusammenarbeit mit der Freien Szene müssen für die Berufung und Evaluation von Jurys sowie für den Jurierungsprozess selbst verbindliche Verfahren und Kriterien erarbeitet werden. Dazu gehören u. a. die angemessene Honorierung der Jurytätigkeit, die Sicherstellung von Jury-Kommentaren und die Berücksichtigung der kulturpolitischen Empfehlungen der Jury; die Durchführung von regelmäßigen Informationsveranstaltungen und Jury-Briefings und mehr Transparenz in der Kommunikation der Juryentscheidungen in die Szene, auch durch Jurysprecher*innen als Ansprechpartner*innen für die Szene. Ebenso fordern wir eine transparente, öffentlich zugängliche und verständliche Darstellung der Berufungsverfahren, der Entscheidungskriterien der Jury sowie des Anforderungskatalogs seitens der Kulturverwaltung und Kulturpolitik. Die Besetzung aller Förderjurs muss sowohl Gesichtspunkte der demographischen Entwicklungen sowie Gender- und Diversity-Fragen berücksichtigen. Künstler*innen und Menschen, die in der freien Szene arbeiten, müssen ebenso repräsentiert sein wie Akteure, welche die freie Szene fachlich begleiten. Darüber hinaus müssen in jeder Förderjury alle antragsberechtigten Kunstsparten vertreten sein und über die spartengebundene hinaus muss auch die inter- und transdisziplinäre Perspektive berücksichtigt sein.

6) Stärkung von künstlerischen Selbstverwaltungsstrukturen

Sämtliche Kunstsparten müssen Unterstützung erhalten, ihren Künstler*innen in gemeinnütziger Selbstverwaltung und kooperativen Initiativen ein Basisangebot an materieller und immaterieller Infrastruktur bereitzustellen, wie z.B. Infrastruktur für Informationsaustausch, Weiterbildung, Werkstätten und Ressourcen-Bündelung. Je nach Bedarf müssen Beratungs- und Geschäftsstellen eingerichtet werden können und eine administrative, inhaltliche und redaktionelle Basis für Projekte und Projektentwicklung geschaffen werden. Die kulturpolitische Unabhängigkeit der jeweiligen Kunstsparten ist zu bewahren.

7) Verbindliche partizipative Prozesse bei kulturpolitischen Entscheidungen

Teilhabe kann nur entstehen, wenn sie auf Augenhöhe erfolgt. Diese ist aber erst dann hergestellt, wenn zwischen allen Beteiligten mit Aufnahme partizipativer Prozesse verbindlich Einigkeit über Ziele, Methoden und den Zeitplan besteht. Die Beteiligten solcher Prozesse bei kulturpolitischen Entscheidungen sollten die Exekutive, die Legislative und die organisierte und informierte Bürgergesellschaft sein.

8) Verbesserung des Fördersystems und der Förderinstrumente

Die Vielfalt der künstlerischen Positionen der Berliner Kunstproduktion macht ein differenziertes Fördersystem notwendig, das sowohl spartenspezifisches Arbeiten erlaubt, als auch ein Arbeiten in den inter- und transdisziplinären Übergängen. Wir fordern die Ausgestaltung und die Systematisierung des Fördersystems in Zusammenarbeit mit der Freien Szene. Im Fokus stehen dabei die Förderung von genuin transdisziplinärer und interdisziplinärer Grundlagenforschung, von künstlerischer und kuratorischer Recherche und Forschung sowie Künstler*innenförderung durch Stipendien. Wir fordern eine klare Trennung von Struktur- und Projektförderung: dazu gehören die Einrichtung und/oder Aufstockung mehrjähriger Förderungen für alle Kunstsparten sowie für Festivals, wie auch die Schaffung und Stärkung von spartenübergreifenden Förderinstrumenten (Festivalfonds, Vermittlungsfonds, Förderung überregionaler

Kooperationen, Gastspiel- und Tourneeförderung, bedarfsgerechter Ausbau und Erhöhung des Kofinanzierungsfonds und des Wiederaufnahmefonds).

Wir fordern zudem die Erhöhung des Projektfonds Kulturelle Bildung mit Beteiligung des Kultursenats und des Bildungssenats und die Auswahl der geförderten Projekte nach künstlerischen Maßstäben.

Das Fördersystem soll auch die Kontinuität von Arbeitsbiographien sicherstellen.

Künstlerische Förderetats dürfen nicht durch Verwaltungskosten belastet werden und mit Projektmitteln darf keine versteckte Regelförderung erfolgen. Die Einführung verbindlicher Rahmenbedingungen und Zielwerte für Honorare dürfen die Breite, Anzahl und Diversität aktuell geförderter Projekte nicht gefährden.

9) Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zu Kunstförderung

Die formalen Antragsverfahren müssen genauso wie die Abrechnungsanforderungen vereinfacht und entbürokratisiert werden. Die Antragsstellung muss sowohl in Deutsch wie auch in Englisch möglich sein. Alternativen zur rein schriftlichen Antragsstellung gilt es zu entwickeln und zu prüfen.

10) Stärkung der bezirklichen Kulturförderung

Die Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, eigene Projekte, Produktion und Präsentation der Freien Szene angemessen infrastrukturell auszustatten und die für die bezirkliche Mikrostruktur wichtige Kunst auskömmlich zu fördern. Besondere Schwerpunkte sollten in kulturell benachteiligten Bezirken und Stadtteilen gesetzt werden.

11) Stärkung der Präsenz künstlerischer Produktionen der Freien Szene in öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten

Die öffentlich-rechtlichen Sender (insbesondere rbb, aber auch Deutschlandradio) haben den Programmauftrag, die kulturelle und künstlerische Vielfalt auch der Freien Berliner Szene abzubilden. Diesem Auftrag werden die öffentlich-rechtlichen Sender gegenwärtig nicht gerecht. Wir fordern mehr Sendezeiten und adäquate Formate, die die Freie Berliner Szene angemessen darstellen.

Strengthening the Independent Art Scene: 11 Points for a New Public Funding Policy

Koalition der Freien Szene demands:

1) 100% of revenues from the City Tax go to the arts, at least 50% for the independent scene

Berlin's independent art scene is unique in Europe. Nevertheless it has always been considerably underfunded, so that artists simply cannot work professionally and achieve an adequate standard of living. The City Tax offers a chance to change this.

2) Art is not a service offering! - Art for Art's Sake

Art must justify itself through neither political nor economic utility. The great significance of the arts in education, social issues, and tourism cannot inversely create a situation where art and arts funding is seen as an earmarked asset for financing functions within education, social welfare, and the tourism sector. "Creative industries", promoting tourism, education, and social work are not tasks for cultural policy.

3) Minimum Wages / Exhibition Stipends in all Disciplines

Mandatory frameworks and guidelines for all funding instruments used to promote art and culture in Berlin must be developed. The entire spectrum of work that is essential to artistic practice must be covered – including preparation, production, and presentation. This also includes curatorial and organizational tasks, rehearsal fees in all disciplines as well as exhibition stipends for artists in all state sponsored institutions and projects, irrespective of the place of residence of project participants. These mandatory frameworks and target figures for artist stipends must not diminish the number of projects implemented or endanger the endowments of continuing projects.

4) Affordable Locations and Space for Art

Affordable locations and spaces for the production and presentation of art must be preserved and new ones made accessible. In particular, the displacement of art spaces from the inner city must be countered.

We demand transparency and a voice in real estate matters of the federal government, the state government, as well as companies working at a federal and statewide level. The procurement and demand-driven expansion of cultural and artistic infrastructure must become an important goal in Berlin's politics of urban development and building ordinances. This should be taken into consideration in all urban planning and construction subsidy regimes. At the same time special living arrangements for artists, that allow for the combination of artistic work spaces and living quarters, need to become regular components of overall Berlin housing subsidies.

We demand need-based, discipline specific, consumer venue programs to expand and newly develop urgently needed urban space infrastructure. Such programs could be new or simply enhanced versions of preexisting ones, but they must orient themselves toward the specific spatial, technical, and organizational requirements of individual artistic disciplines.

We demand the establishment and expansion of autonomous organizations for the development of arts venues.

5) Fair and Transparent Juries

Together with the independent scene, compulsory procedures and criteria for the appointment and evaluation of juries (as well as for jury decisions themselves) must be devised. Among other things, this inherently includes appropriate payment for time spent on juries, documentation of decisions on jury appointments, and of arts policy recommendations by them. The implementation of regular public information events and jury briefings for more transparency to the art scene regarding final decisions, additionally facilitated through jury

speakers and contact persons.

Likewise, we demand a transparent, publicly available and easily comprehensible account of the professional history, decision criteria, and requirement specifications for juries set by city arts administrations and policy-makers.

The appointment of all grant juries must factor in demographic developments as well as questions of diversity and gender. Artists and people that work in the independent scene must likewise be represented, as well as parties that provide professional expertise to the independent scene. Beyond that, all eligible artistic disciplines must be represented in each grant jury, not to mention getting beyond the category specific and taking into account interdisciplinary practices.

6) Strengthening Artistic Grassroots Organizing

All artistic disciplines need support in order to provide a core offering of material and immaterial infrastructure through autonomous non-profits and cooperative initiatives – infrastructure such as knowledge sharing, continuing studies, workshops and production facilities, and the pooling of resources.

As needed, information points and arts management offices could be set up to create an administrative, content, and editorial basis for project development. The independence of respective art disciplines from central cultural policy-making is something to be maintained.

7) Mandatory Participatory Processes for Arts Council Decisions

Participation can only happen when it is conducted on a level playing field. But this can only come about when there is a binding agreement between all participants allowing for public proceedings regarding the goals, methods, and time frames.

The participants of such processes for arts policy decisions should be from the executive and legislative branches of city government, and from organized and informed members of the public.

8) Improvement of Support Systems and Funding Instruments

The diversity of artistic positions within the art production of Berlin makes a differentiated support system necessary, one that allows for discipline specific work as well as interdisciplinary crossovers.

We demand that the shaping and structuring of arts support systems happen in collaboration with the independent scene. The focus is to be on funding for genuinely interdisciplinary fundamental research, from artistic and curatorial investigation and research to supporting artists through scholarships and grants.

We demand a clear separation of structural support and project funding: part of this is the establishment and/or increase of multi-year funding contracts for all art disciplines and for festivals, as well as the creation and strengthening of all encompassing funding instruments (festival funds, art education grants, funding for nationwide co-productions, funding for guest appearances and tours, needs-based expansion and increases to co-financing funds and long-term support).

We additionally demand that contributions to the Art Education Project Fund (Projektfonds Kulturelle Bildung) contributed to by the Arts Senate and Education Senate be increased, and that the selection of funded projects be based on artistic criteria.

The funding system should also ensure some continuity in career trajectories. Art funds must not be burdened with the city's administrative costs, and project budgets should not be misused for long-term subsidies. The introduction of mandatory frameworks and target figures for stipends must not endanger the breadth, quantity, and diversity of already funded projects.

9) Expansion of Opportunities for Arts Funding

Formal application processes as well as bookkeeping requirements need to be simplified and made less bureaucratic.

Filing applications should be possible in both German and English.

Alternatives to purely written applications should be developed and tested.

10) Strengthening District Arts Funding

City districts must be allowed to adequately fund the local projects, productions, and presentations of the independent art scene to be able to provide a proper infrastructure and the district level microstructures that are important for art. Particular emphasis should be set on artistically underserved districts and neighborhoods.

11) Strengthening the Presence of Art Productions by the Independent Scene on Public Service Radio and Television Broadcasters

Public broadcasting services (particularly *rbb*, but also *Deutschlandradio*) have a programming mandate to depict the artistic and cultural diversity of Berlin's independent art scene. To date public broadcasters have not met that requirement. We demand more airtime and adequate formats to fairly portray the comprehensive presence of Berlin's independent art scene.

translated by Jason Merrill Benedict